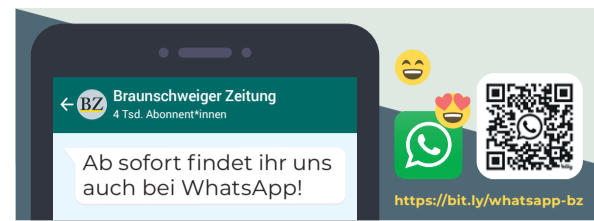


BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

UNABHÄNGIG | NICHT PARTEIGEBUNDEN

Heute mit



Freitag, 23. Februar 2024 | www.braunschweiger-zeitung.de

» Ein Titel der FUNKE Mediengruppe

Nr. 46 | 79. Jahrgang | 2,10 €

Atommüll: Region bleibt in Endlager-Auswahl

Trotz Asse, trotz Schacht Konrad: Der neue Bundesamts-Chef Kühn schließt das nicht aus.

Andre Dolle

Braunschweig. Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll soll es vorangehen. Das kündigte der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE), Christian Kühn, im Interview mit unserer Zeitung an.

In drei Jahren soll die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine sechs bis acht Regionen benennen, die in die engere Auswahl kommen. Darunter kann durchaus auch unsere Region sein, so Kühn (Grüne) – trotz der Vorbelastung durch das marode Atommülllager Asse im Kreis Wolfenbüttel und des geplanten Endlagers für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll, Schacht Konrad in Salzgitter.

Ton, Salz und Kristallingestein kommen für das Endlager infrage
Kühn sagte: „Wir sehen gerade an dieser Region ja, dass es keine politischen Entscheidungen mehr geben darf. Es muss der am besten geeignete Standort sein, egal ob er in Baden-Württemberg ist, oder in Bayern oder in Niedersachsen liegt.“ Das sei die Idee der weißen Landkarte. Ganz am Ende entscheide der Bundestag über den Standort. „Wir als Aufsichtsbehörde treiben das Verfahren voran“, so Kühn. „Ich erwarte seitens der BGE gut begründete Vorschläge.“

Tatsächlich haben weite Teile unserer Region nach Erkenntnissen der BGE grundsätzlich günstige geologische Voraussetzungen für ein Atommüll-Endlager. Die Region Braunschweig-Wolfenbüttel verfügt

über große Tonvorkommen. Aus Sicht der BGE ist Ton ein ideales Wirtsgestein, um darin den Atommüll unter Tage aufzunehmen.

Kühn ist erst seit wenigen Tagen Chef des Bundesamts BASE

Auch eine Reihe von Gebieten mit Steinsalz hat die BGE in unserer Region ausgemacht. Die meisten Salzstöcke befinden sich dabei im Landkreis Gifhorn. Kristallines Wirtsgestein gibt es in der Region ausschließlich im Landkreis Goslar – mitten im Nationalpark Harz. Die Gebiete überlagern sich teils.

Kühn hat seinen Posten vor einer Woche angetreten. Er gab unserer Zeitung sein erstes Interview. Zuvor war er Staatssekretär im Bundesumweltministerium und war in dieser Funktion auch Aufsichtsrats-Chef der BGE. „2027 wird das Verfahren sehr viel greifbarer. Wir sind jetzt in einer Zwischenphase“, sagte Kühn. Eigentlich sollte die BGE bereits 2031 den Standort für das neue Endlager benennen. Daraus wird nichts, musste die Gesellschaft einräumen. 2046, im schlechtesten Falle erst 2068, soll der Standort laut den Peinern feststehen. Damit gibt sich Kühn, der der BGE auf die Finger klopft, nicht zufrieden. Er sagte: „Dafür, dass Deutschland schnellstmöglich ein sicheres Endlager für die hochradioaktiven und damit hochgefährlichen Abfälle bekommt, werde ich arbeiten. Das ist mein Ziel. Und nach meinen ersten Tagen im neuen Amt kann ich feststellen: 450 hochengagierte Mitarbeitende wollen das auch.“ Der Großteil der BASE-Mitarbeiter ist in Berlin, 150 Angestellte arbeiten in Salzgitter. **Themen des Tages**

Eintracht verlängert Schernings Vertrag vorzeitig

Der Trainer brachte die Hoffnung auf den Klassenerhalt zurück. Sein neues Arbeitspapier gilt aber liga-unabhängig bis 2025.

Sport



DARIUS SIMKA/REGIO524

Niedersachsens Krankenhäuser sollen rund eine Milliarde Euro zusätzlich erhalten

Hannover. Zur finanziellen Stabilisierung sollen Krankenhäuser in Niedersachsen in diesem Jahr rund eine Milliarde Euro zusätzlich erhalten. Das teilte das Gesundheitsministerium in Hannover am Donnerstag mit. Zuvor hatte der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat beschlossen, dass ein vorerst gestopptes Gesetz dazu kommen soll. Dabei geht es laut Ministerium unter anderem um Liquiditätshilfen für die Kliniken.

„Ich halte das für eine spürbare, relevante Entlastung. Das ist wichtig, damit die für die Krankenhausreform notwendigen Kliniken in Betrieb bleiben können“, sagte Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD) laut einer Mitteilung. Langfristig werde die Umstellung der Krankenhausfinanzierung im Rahmen der Krankenhausreform Wirkung entfalten, betonte der Minister. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sagte, man habe damit einen

großen Schritt zur Stabilisierung der Krankenhauslandschaft gemacht. Das Geld gebe den Krankenhäusern Luft für die notwendigen Strukturveränderungen. Die große Krankenhausreform zielt darauf, das Vergütungssystem mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um Kliniken von finanziellem Druck zu lösen. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Leistungsangeboten bekommen. *dpa*

Verdi kündigt Streikwelle im Nahverkehr an

Berlin. Die Gewerkschaft Verdi ruft für kommende Woche bundesweit zu Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr auf. Wie Verdi am Donnerstag mitteilte, sind die Arbeitskämpfe regional an unterschiedlichen Tagen geplant, mit dem 1. März als Hauptstreiktag. An diesem Tag rufen die Klimabewegung „Fridays For Future“ gemeinsam mit Verdi zum bundesweiten Klimastreik für einen besseren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf. Ohne eine sozial-gerechte Verkehrswende könne es keinen wirkungsvollen Klimaschutz geben, erklärten beide Organisationen. Der ÖPNV stehe „kurz von dem Kollaps“, warnten sie. Es gebe zu wenig Busfahrer und -fahrerinnen, weil die Arbeitsbedingungen schlecht seien. Immer mehr Verbindungen würden gestrichen. *epd* **Wirtschaft**

Braunschweigerin auf Berlinale gefeiert

Braunschweig. Die aus Rautheim stammende Braunschweiger Film-Regisseurin Nora Fingscheidt ist spätestens seit ihrem erfolgreichen



Film „Systemsprenger“ eine feste Größe im Filmgeschäft. Auf der gerade laufenden Berlinale hat sie außer Wettbewerb ihren neuen Film „The Outrun“ vorgestellt und gute

Kritiken erfahren. Darin geht es um eine alkoholabhängige Studentin und extreme Naturerfahrungen auf den Orkney-Inseln. Im Interview mit unserer Zeitung erzählt sie von dem schweren Stoff und den ungewöhnlichen Drehorten im hohen Norden Schottlands. *acr* **Kultur**

JVA-Sanierung für 25 Millionen abgeschlossen

Wolfenbüttel. Nach über zehn Jahren wurde das „Graue Haus“ in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel wiedereröffnet. Das dreigeschossige Gebäude bietet künftig 90 Häftlingen Platz. Die Grundsanierung des Bauwerks aus dem Jahr 1873 verschlang über 25 Millionen Euro – zehn Millionen mehr als angesetzt. Das Gebäude stand bereits seit 2013 leer, erst sieben Jahre später begannen die Arbeiten. Die Zellen wurden vergrößert, jeder Haft-raum hat nun einen eigenen Sanitär-bereich. 120 Gäste aus Politik, Justiz und Gesellschaft wohnten einer Feierstunde zur Eröffnung bei. Nach der Inbetriebnahme soll die JVA-Abteilung in Braunschweig schließen. *epw* **Niedersachsen**

Also doch: „Judenpresse“ ist Volksverhetzung

Hendrik Rasehorn

Braunschweig. Das Amtsgericht Braunschweig hat den Landesvorsitzenden der Partei „Die Rechte“, Martin Kiese, wegen Volksverhetzung verurteilt. Hintergrund ist eine rechtsextreme Demo am Volkstrauertag im November 2020 auf dem Braunschweiger Löwenwall. Der 54-Jährige hatte dort nach Abschluss der Kundgebung vor Journalisten „Judenpresse“ und „Juden-pack“ geschimpft, und mit „Feuer und Benzin“ gedroht.

Einzelrichterin Pia Genius stellte fest, dass diese Äußerungen den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen: Juden werden da-

durch diffamiert und die Ausdrücke sind geeignet, zum Hass gegen sie aufzustacheln.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig tat sich schwer mit dem Fall, zweimal hatte sie Ermittlungsverfahren eingestellt. Schließlich machte ihr die Generalstaatsanwaltschaft Druck und es wurde doch noch Anklage erhoben.

Verurteilt wurde Kiese außerdem in zwei Fällen von Beleidigungen. Eine Tat betraf den Braunschweiger Journalisten David Janzen. Kiese wurde zu 10 Monaten Haft verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wird. Der Rentner muss außerdem 3600 Euro an die Opferhilfe zahlen. **Region**

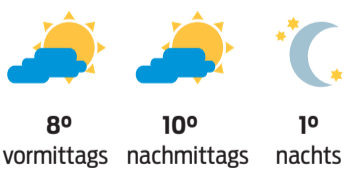
Nach Misshandlung: Strafe für Professor verschärft

Göttingen. Wegen Misshandlung zweier Doktorandinnen und einer Mitarbeiterin ist ein Göttinger Professor zu einer Bewährungsstrafe von anderthalb Jahren verurteilt worden. Das Landgericht Göttingen sprach den Wissenschaftler am Donnerstag wegen Körperverletzung im Amt, Nötigung und Freiheitsberaubung schuldig. Eine frühere Verurteilung wurde noch einmal verschärft. Laut Anklage soll er die Frauen mit einem Bambusstock oder der flachen Hand auf Po beziehungsweise Brüste geschlagen haben. Der heute 60-Jährige war bereits im März 2022 zu einer elfmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden, doch der Bundesge-

richtshof hob das Urteil teilweise auf. Jetzt wurden zwei weitere Taten aus dem Sommer 2015 auch als Nötigung bewertet. Der Mann habe dabei die Zeugin aufgefordert, für die Schläge die Hose und Unterhose herunterzulassen, sagte der Vorsitzende Richter David Küttler. Zuvor habe er die Bürotür abgeschlossen und den Schlüssel eingesteckt.

„Es war eine Demütigung ersten Ranges“, sagte der Richter. Der Professor habe sich darüber hinweggesetzt, dass die Doktorandin die körperliche Züchtigung ablehnte und ihr bei ähnlichen Taten zuvor damit gedroht, die Betreuung ihrer Doktorarbeit zu beenden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *dpa*

Wetter



8° 10° 1°
vormittags nachmittags nachts

Leserservice

Web: aboservice.
braunschweiger-zeitung.de
Mail: vertrieb-bzv
@funkmedien.de
Tel.: 0800 077 11 88 20*
(*kostenlose Servicenummer)



Noch kommt die Hälfte der Fläche der Republik für das Atommüll-Endlager infrage. Der neue Bundesamts-Chef Kühn sagt, worauf es nun ankommt.

Andre Dolle

Salzgitter. Am Dienstag, an seinem vierten Arbeitstag als neuer Behörden-Chef, trafen wir Christian Kühn in Salzgitter. Das Grünen-Mitglied ist neuer Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). In Salzgitter arbeiten etwa 150 der 450 BASE-Mitarbeiter. Das BASE ist die zentrale Aufsichts- und Genehmigungsbehörde bei der Suche und dem Betrieb von atomaren End- und Zwischenlagern sowie von Atommülltransporten.

Kühn, der als Grünen-Landeschef in Baden-Württemberg einst das Bahnprojekt Stuttgart 21 verhindern wollte, macht nun Druck bei der Endlagersuche. Das wird auch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine bald zu spüren bekommen. Die BGE sucht das Endlager, das BASE kontrolliert.

Sie sind 44. Werden Sie es in Ihrer Amtszeit noch erleben, dass sich die Deutschen auf einen Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll einigen? Die BGE geht bei der Suche ja mittlerweile von 2046 oder im schlechtesten Fall sogar von 2068 aus.

Dafür, dass Deutschland schnellstmöglich ein sicheres Endlager für die hochradioaktiven und damit hochgefährlichen Abfälle bekommt, werde ich arbeiten. Das ist mein Ziel. Und nach meinen ersten Tagen im neuen Amt kann ich feststellen: 450 hochengagierte Mitarbeitende wollen das auch. Wir dürfen diese Aufgabe nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben, sondern müssen uns vielmehr in dieser Generation um die Hinterlassenschaften des Atomzeitalters kümmern.

Sind Sie mit dem neuen Zeithorizont, den die BGE genannt hat, denn einverstanden?

Im Standortauswahlgesetz steht, dass 2031 als Jahr der Standortauswahl für das Endlager angestrebt wird. Dass diese Zeitmarke sehr, vielleicht zu ambitioniert war, ahnten schon damals viele, hat aber ermöglicht, dass mit Tempo in den Prozess gestartet wurde. Wir haben jetzt erstmals zeitliche Abschätzungen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat diesen Zeitplan, zusammen mit dem BASE, von der BGE eingefordert. Der Zeitplan soll aber realistischer, klarer werden, wir wollen eine Beschleunigung im Verfahren. Dazu braucht es die Zusammenarbeit über die Institutionen hinweg.

Diese enorm langen Zeitstränge sorgen aber nicht gerade für mehr Vertrauen bei den Bürgern.

Ich möchte für Vertrauen in das Verfahren werben. Dazu gehört Ehrlichkeit im Umgang mit den Erfahrungen, die alle Beteiligten mit den Zeitsträngen machen und gemacht haben. Daran arbeiten wir gemeinsam. 2027 will die BGE nun Regionen benennen, die in die engere Auswahl als Standort für das Endlager kommen.

Dann werden wir als BASE schnell in die Bewertung einsteigen und die Beteiligung der Menschen ermöglichen. Dann wird das Verfahren auch sehr viel greifbarer. Wir sind

Bundesamts-Chef: Bald bis zu acht mögliche Endlager-Standorte



Christian Kühn (Grüne) ist neuer Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und somit mitverantwortlich für die Suche nach einem Atommüll-Endlager.

BERND VON JUTRCZENKA / PICTURE ALLIANCE / DPA

Ein Bild aus 2011: Winfried Kretschmann (l.) war Spitzenkandidat der baden-württembergischen Grünen für die Landtagswahl, Christian Kühn Landeschef. DPA



jetzt in einer Zwischenphase.

Bleibt 2027 realistisch?

Ich gehe davon aus, dass die BGE den Zeitplan einhält. Dann wollen wir mit den Regionalkonferenzen starten. Das Verfahren läuft.

Sie kennen die BGE ja, waren als Staatssekretär Aufsichtsratschef der Gesellschaft mit Sitz in Peine. Was ist so schwer daran, ein Endlager zu finden? Die Finnen zum Beispiel haben das ja auch geschafft.

In Deutschland ist das Thema Atomkraft ein bis heute sehr umstrittenes Thema. Wir haben uns nach Fukushima in Deutschland für den erneuten Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Das war die Grundlage für das Suchverfahren. Wir sind im letzten Jahrzehnt komplett neu gestartet mit der Endlagersuche.

Wir wollten – im Gegensatz zu anderen Ländern – keine politische Entscheidung. Wir wollen den am besten geeigneten geologischen Standort mit dem besten Wirtsgestein, ob Kristallin, Salz oder Ton. In anderen Ländern hat der Suchprozess übrigens auch mehrere Jahrzehnte lang gedauert. Wir haben weltweit ein einmaliges Verfahren. Es ist ein lernendes, wissenschaftsbasiertes Verfahren mit vielen Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Die Transparenz ist in jedem Schritt zentral. Dafür stehen wir auch als Bundesamt. Ein Standort wie Gorleben, der aus politischen Gründen ausgesucht wurde, ist zurecht gescheitert.

Wie konkret wird es 2027 denn sein?

Ich rate jetzt allen, erst einmal bis 2027 abzuwarten. Die Standorte werden dann in einer zweiten und dritten Phase obertägig und untertä-

gig erkundet.

Wir liegen jetzt noch bei satten 54 Prozent der Fläche Deutschlands, die infrage kommt. Wie viele Regionen sollen es 2027 noch sein?

Ich erwarte seitens der BGE gut begründete Vorschläge, danach richtet sich auch deren Anzahl. Klar ist: Es muss zu einer deutlichen Reduzierung auf wenige Regionen kommen. Die Endlagerkommission ging von sechs bis acht Standortregionen aus. Das halte ich für einen guten Orientierungswert. Aber wie gesagt: Wir suchen in Deutschland den nach Stand von Wissenschaft und Technik am besten geeigneten Standort, das macht unser Verfahren so besonders.

Viel Kritik am Verfahren kommt aus Bayern, speziell von Ministerpräsident Söder. Er hat gesagt, der Atommüll könne ja ruhig nach Niedersachsen. Was entgegenen Sie dem? Und haben Sie das breite Kreuz, wenn von den möglichen Standorten in der Vorauswahl 2027 auch einer oder zwei in Bayern sein sollten?

Der Bundestag hat dieses Verfahren mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Suche kennt keine Ländergrenzen, sondern nur sinnvolle Standorte. Ich rate allen, sich nicht an Landes- und parteipolitischen Grenzen zu orientieren. Es geht nur um die geologischen Erkenntnisse, um belastbare Daten – und es geht darum, Verantwortung zu übernehmen, um zukünftige Generationen vor dem von uns verursachten Atommüll zu schützen.

Wir haben hier in der Region die Asse, auch Schacht Konrad. Das Erkundungsbergwerk Gorleben ist nicht weit entfernt, auch das alte DDR-Atommülllager Morsleben. Wir kön-

Der Mann für den Atommüll

Der Tübinger **Christian Kühn** (44) machte sich mit Ende 20 als strikter Gegner des Bahnprojekts Stuttgart 21 einen Namen. Damals war Kühn Chef des Grünen-Landesverbands Baden-Württemberg. 2013 zog er über die Landesliste in den Bundestag ein, 2021 ernannte ihn Bundesumweltministerin Steffi Lem-

ke (Grüne) zum Staatssekretär. Dieses Amt übte er gute zwei Jahre aus, war in dieser Zeit auch Aufsichtsrats-Chef der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Im Herbst bewarb sich Kühn für den Posten des BASE-Chefs. Vor Amtsantritt hatte er fünf Tage lang Urlaub, seit einer Woche ist er im Dienst. *ad*

nen also dennoch auch dieses Endlager bekommen?

Wir sehen gerade an dieser Region ja, dass es keine politischen Entscheidungen mehr geben darf. Es muss der am besten geeignete Standort sein, egal ob er in Baden-Württemberg ist, oder in Bayern oder in Niedersachsen liegt. Das ist die Idee der weißen Landkarte. Ganz am Ende entscheidet der Bundestag über den Standort, wir als Aufsicht treiben das Verfahren voran.

Sie werden sich in den nächsten Jahren von morgens bis abends mit Atommüll beschäftigen: mit seinem Transport, mit Endlagern und mit deren Suche. Muss man da etwas masochistisch veranlagt sein?

Mir ist sehr bewusst, dass ich nicht überall Applaus bekomme, wenn ich mit diesem Thema unterwegs bin. Ich gehöre einer Generation an, die am Ende der Auseinandersetzungen um die Atomkraft dabei war, nicht von Anfang an. Die sichere Endlagerung der Abfälle muss dringend erreicht werden. Das ist nicht in einer Legislaturperiode zu schaffen. Ich merke, wie die Mitarbeitenden in der Behörde für diese Aufgabe brennen. Nur mit dem Problemblick werden wir diese Hinterlassenschaften nicht unter die Erde bringen.

Dabei wollten Sie einst als Grünen-Chef in Baden-Württemberg das Bahnprojekt Stuttgart 21 verhindern. Nun sind Sie es, der unliebsame Entscheidungen auf den Weg bringen muss. Können Sie das?

Ja, ich habe in den vergangenen zweieinhalb Jahren als Staatssekretär gezeigt, dass ich kontroverse Diskussionen führen kann. Ich setze dabei aber nicht auf Konfronta-

tion. Stuttgart 21 ist genau deshalb eskaliert. Die Leute haben sich nicht zugehört. Es braucht aber klare Entscheidungen, Dialog und Klarheit in den Rollen. Und genau dafür werde ich stehen.

Auch fast ein Jahr nach dem Aus der letzten drei AKW in Deutschland köchelt die Debatte weiter. Und tatsächlich ist Deutschland umzingelt von Atomkraftwerken, neue sollen kommen. Können Sie diese Diskussionen und eine Renaissance der Kernkraft nachvollziehen?

Eine Renaissance der Kernenergie kann ich nicht erkennen, auch weltweit nicht. Die Debatten darüber sind nicht real unterfüttert. Das gilt auch für die sogenannten kleinen modularen Reaktoren. Auch die Kosten und Bauzeiten für neue konventionelle AKWs schießen immer weiter in die Höhe. Erneuerbare sind deutlich günstiger. Die Debatten haben viel mit der Energiekrise und dem Angriffskrieg Russlands zu tun. Wir müssen aber aufhören, immer die gleichen alten Diskussionen zu führen, die nichts bringen. Wir müssen uns mit den Erneuerbaren Energien auseinandersetzen, unsere Energieversorgung umbauen und schauen, wie wir mit dem Atommüll umgehen.

Momentan müssen wir aber einen nicht unerheblichen Teil an Atomstrom aus dem Ausland beziehen.

Wir leben natürlich in einem europäischen Binnenmarkt – und der richtet sich auch danach aus, wo der Strom gerade am günstigsten produziert wird. Deutschland bezieht Strom aus Frankreich, umgekehrt aber auch. Deutschland exportiert Strom aus erneuerbaren Energien. Das wird deutlich zunehmen. Mit dem Abschalten der letzten drei

AKWs ist dieses Land sicherer geworden. Wir haben Risiken minimiert. Wir sind jetzt mitten im Aufbau eines neuen Energiesystems, das uns unabhängiger macht. Auch die Energieunternehmen wünschen sich den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren.

Andererseits diskutieren wir jetzt aus verteidigungspolitischer Sicht über Atomwaffen. Was halten Sie davon? Dafür sind wir als Bundesamt nicht zuständig, das zu bewerten. Deutschland hat aber aus guten Gründen in der Vergangenheit keine Atomwaffen besessen.

Hat es Sie geärgert, dass Schacht Konrad in Salzgitter statt 2027 erst 2029 in Betrieb gehen soll? Das Datum wurde ja schon mehrfach nach hinten verschoben. Dieses Mal im Juni ganz beiläufig. Wird es solche Verschiebungen mit Ihnen geben?

Schacht Konrad hat eine jahrzehntelange Historie. Es ist ein anspruchsvolles Projekt und das erste genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll. Alle warten darauf, dass dieses Endlager in Betrieb gehen kann. Daran hängen ganz viele Entsorgungs- und Sicherheitsfragen. Viele Zwischenlager in Deutschland sind voll, und auch der Rückbau der AKW hängt davon ab. Schacht Konrad ist ein immens wichtiges Projekt. Es muss zügig und sicher realisiert werden. Das fordern wir als Bundesamt von der BGE als Vorhabenträger auch ein.

Ihr Parteifreund, Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer, will nicht an der Genehmigung für Schacht Konrad rütteln. Hat Sie das erleichtert?

Christian Meyer hat mit seinem Ministerium sehr genau geprüft. Es war keine einfache Entscheidung für einen niedersächsischen Umweltminister. Sie war auch nicht alltäglich. Sie war aber richtig.

In der Region sehnen viele Menschen die Rückholung der 126.000 Fässer mit Atommüll aus der Asse herbei. Wird das Jahr 2035 als Beginn der Rückholung der Abfälle aus dem alten maroden Bergwerk Bestand haben?

Die BGE macht die Zeitpläne, sie treibt die Projekte voran. Die Asse ist einer der größten Umweltskandale, die wir in der Republik haben. Hier wurde unter Bergrecht völlig unsachgemäß einfach Atommüll ins alte Bergwerk gekippt. Das Bergwerk wurde stabilisiert, aber wir wissen auch, in welchem Zustand die Asse ist. Die Rückholung des Atommülls muss oberste Priorität haben.

Das Zwischenlager wird vermutlich einige Jahrzehnte obertägig direkt an der Asse stehen. Die BGE hat keine anderen Standorte geprüft. Ist dieser Standort auch für Sie alternativlos?

Ein Standort direkt an der Asse hat den großen Vorteil, dass die Transporte mit Atommüll minimiert werden. Das ist ein großer Sicherheitsgewinn.

Mit Iris Graffunder an der Spitze der BGE gibt es jemanden zweiten Neues an der Spitze einer Endlager-Behörde oder -Gesellschaft. Bietet das die Chance für einen Neuanfang oder ist das dann doch zu wenig Erfahrung?

Die Suche nach einem Endlager darf nicht an einzelnen Personen hängen. Es ist aber sicher so, dass neue Menschen neue Impulse setzen und Dinge vorantreiben können. Frau Graffunder ist eine absolute Expertin. Ich freue mich sehr auf den Austausch – in aller Rollenklarheit zwischen Vorhabenträger, Aufsicht und Partner in der Beteiligung der Bürger:innen. Denn ohne Dialog und Beteiligung würden wir es sicher nicht schaffen.